



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

171. Ratssitzung vom 13. Dezember 2025

5576. 2025/176

Weisung vom 07.05.2025:

Elektrizitätswerk, Thermische Netze, neuer Rahmenkredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für den Ausbau der thermischen Netze wird ein Rahmenkredit von 2,26 Milliarden Franken bewilligt.

Der von den Stimmberechtigten am 27. November 2022 (GR Nr. 2021/502) beschlossene Rahmenkredit von 573 Millionen Franken für den Ausbau der thermischen Netze in den Quartieren Albisrieden, Altstetten, Aussersihl, City, Enge und Höngg wird aufgehoben.

Der von den Stimmberechtigten am 28. November 2021 (GR Nr. 2020/565) beschlossene Rahmenkredit von 330 Millionen Franken für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie in den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum von 2022 bis 2040 wird aufgehoben.

2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.
3. Die Aufwendungen, die dem Rahmenkredit gemäss Ziffer A.1 vorstehend belastet werden, können von der Kreditsumme für Einzelvorhaben in Abzug gebracht werden.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

4. Der Stadtrat erstattet der zuständigen Sachkommission des Gemeinderats jährlich Bericht über die Verwendung der Mittel aus dem Rahmenkredit.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung bereinigte Dispositivpunkte A1–A3 / Kommissionsreferat Dispositivpunkt B4:

Dominik Waser (Grüne): *Ich stelle die Weisung zum neuen Rahmenkredit für die thermischen Netze vor, der uns aufgrund wesentlicher Zweckänderungen vorliegt. Die Stadt*



Zürich will die Fernwärme ausbauen. Momentan kann Fernwärme in 30 Prozent des Stadtgebiets genutzt werden. Bis zum Jahr 2040 soll der Anteil auf 60 Prozent des Stadtgebiets erhöht werden, und die dafür nötigen Anschlüsse sollen fertiggestellt werden. Das Vorhaben stützt sich auf verschiedene gesetzliche Grundlagen, darunter städtische und kantonale Ziele. Es gibt bereits verschiedene Rahmenkredite in diesem Bereich. Am 27. November 2022 haben wir über einen Rahmenkredit von 573 Millionen Franken abgestimmt, wovon etwa 100 Millionen Franken übrig sind. Von einem weiteren Rahmenkredit in der Höhe von 330 Millionen Franken, über den am 28. November 2021 abgestimmt wurde, wurde ein kleinerer Teil genutzt. Diese verschiedenen Rahmenkredite sollen zusammengeführt werden. Das Resultat ist der vorliegende Rahmenkredit in der Höhe von 2,26 Milliarden Franken. Er setzt sich aus 903 Millionen Franken aus bisherigen Rahmenkrediten und neu dazukommenden 1,357 Milliarden Franken zusammen. Der Ausbau der Fernwärme beinhaltet den Bau der Leitungen, verschiedener Energiezentralen und Infrastruktur für die Energiegewinnung. Es müssen auch gewisse Netto-Null-Massnahmen umgesetzt werden, damit die Klimaziele erreicht werden können. Zum Beispiel soll auch bei der Spitzenlastabdeckung Netto-Null erreicht werden können. Zurzeit ist das noch nicht überall möglich. Für die Projektierung und Planung sind 226 Millionen Franken vorgesehen, für die Realisierung der Anlagen etwa 580 Millionen Franken. Der Bau der Netze an sich kostet rund 1 Milliarde Franken. Zudem ist mit dem Betrag von 375 Millionen Franken eine Reserve von 20 Prozent im Rahmenkredit enthalten. Wir haben ein grosses Projekt vor uns. Das bedeutet auch, dass wir grosse Investitionen haben. Der Rahmenkredit bezieht sich auf die Periode bis zum Jahr 2040. Wir rechnen damit, dass wir bis zum Jahr 2030 etwa 1,1 Milliarden Franken des Rahmenkredits ausgeben werden. In den Jahren 2031–2035 werden 870 Millionen Franken ausgegeben, in den letzten Jahren 2036–2040 rechnen wir mit Ausgaben von 290 Millionen Franken. Ein weiterer Grund für den neuen Rahmenkredit ist eine grundlegende Veränderung in der gesamten Wärmeversorgung. Früher haben die Energie 360° AG, Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) und das Elektrizitätswerk (ewz) die Fernwärme in der Stadt gebaut, geplant und betrieben. Der Stadtrat hat entschieden, dass sich das ändern soll. Anfang des Jahres wurden fast alle Fernwärmenetze zusammengeführt und in die Obhut des ewz übergeben. Mitarbeiter von ERZ sind zum ewz übergegangen und gewisse Fernwärmenetze der Energie 360° AG wurden dem ewz übergeben. Eines befindet sich noch im Bau und wird später zum ewz überführt. Ausserhalb des Rahmenkredits werden beim ewz weitere Kosten für Ausgaben und Investitionen anfallen. Geschätzt werden Investitionen im Umfang von 3,3 Milliarden Franken in der Periode bis zum Jahr 2034. Das ewz rechnet aktuell damit, dass man sich ab dem Jahr 2029 bei der Stadt verschulden muss. Aktuell ist das nicht der Fall, weil man über sehr grosses Eigenkapital verfügt. Selbstverständlich ist das Netz nur wirtschaftlich, wenn genügend Anschlüsse vorhanden sind. Wir hoffen natürlich, dass das Ziel erreicht oder sogar übertroffen werden kann, wenn die Anlagen gebaut sind und sich Liegenschaften anschliessen können. Bei der Realisierung wird berücksichtigt, dass die Stadtbevölkerung nur so stark wie nötig belastet werden soll. Wenn 60 Prozent des Stadtgebiets mittels thermischer Netze versorgt werden sollen, werden dort auch Leitungen benötigt. Diese Leitungen müssen gebaut werden, was zu einem grossen Umfang an Baustellen führen wird.



Das ewz wird die Baustellen mit dem Tiefbauamt (TAZ) oder dem Departement der Industriellen Betriebe (DIB) koordinieren, damit eine Strasse nicht mehrmals nacheinander aufgerissen wird. Den Lead übernimmt das TAZ. Bericht erstatten wird der Vorsteher des DIB. Die zuständige Kommission wird jährlich über den Stand der Dinge informiert. Die Ausgaben für den Rahmenkredit waren im Budget 2025 anteilmässig eingestellt. Auch in zukünftigen Budgets sowie Finanz- und Ausgabeplänen wird dies so gehandhabt werden. Mit dem Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2 beantragt die Mehrheit der Sachkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB), die Aufteilung des Rahmenkredits anders zu gestalten. Bei Beträgen oder Projekten mit Kosten von mehr als 40 Millionen Franken soll im Einzelfall der Gemeinderat entscheiden, bei Projekten mit Kosten von bis zu 40 Millionen Franken der Stadtrat. Der Gemeinderat kann die Befugnisse anpassen. Es geht also um die Ausgabenkompetenzen. Die Kommissionsmehrheit erachtet den Änderungsantrag als sinnvoll, da es um einen Rahmenkredit von einer Grösse geht, die wir in Zürich noch nie hatten. Auch der Zeitrahmen bis zum Jahr 2040 ist lang. Darum ist die Mehrheit der Meinung, dass das Parlament gewisse Möglichkeiten und Kompetenzen haben sollte.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Stéphane Braune (FDP): Der Ausbau der thermischen Netze in der Stadt Zürich bis ins Jahr 2048 ist ein sehr grosses, komplexes und ambitioniertes Projekt. Der erforderliche Ausbau dieser Anlage und Netze wird in 24 Teilprojekte aufgeteilt, die in den nächsten 20 Jahren Schritt für Schritt in den einzelnen Versorgungsgebieten in der Stadt realisiert werden. Diese 24 Teilprojekte funktionieren wie die Zahnräder eines Uhrwerks: Nur im Zusammenspiel gewährleisten sie das Funktionieren des Projekts. Wenn ein einzelnes Zahnrad wegfällt, bleibt der Rest stehen. Genau das hat die Kommissionsmehrheit mit dem Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2 vor. Indem Sie einzelne Teilprojekte mit einer Investitionssumme von mehr als 40 Millionen Franken jeweils vom Gemeinderat genehmigen lassen wollen, gehen Sie das Risiko ein, dass Teile des Gesamtprojekts nicht realisiert werden können. Damit wird das Funktionieren des ganzen Ausbaus der thermischen Netze infrage gestellt und gefährdet. Die Beratung einzelner Teilprojekte im Gemeinderat wird zudem zwangsläufig zu Verzögerungen führen. Das gefährdet das gesamte Terminprogramm des Ausbaus und erschwert die Koordination mit anderen Tiefbauarbeiten massiv. Dies könnte schlussendlich dazu führen, dass man Strassen doch zweimal hintereinander aufreissen muss. Daher lehnt die Kommissionsminderheit, bestehend aus SVP, die Die Mitte/EVP Fraktion und FDP, den Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2 ab.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung bereinigte Dispositivpunkte A1–A3:

Johann Widmer (SVP): Die SVP war immer gegen das Fernwärmeprojekt: Es stellt ein grosses Risiko dar und ist eine klimapolitische Zwängerei. Bemerkenswert ist, dass die Stadt sich nur auf 60 Prozent des Stadtgebiets konzentriert. Was die anderen machen,



interessiert niemanden. Hauptsache, sie haben keine Öl- oder Gasheizung mehr. Diese soll ihnen ja abgestellt werden. Ich bin gespannt, welche juristischen Probleme sich ergeben werden, wenn im Jahr 2040 einzelne Parteien noch Öl- oder Gasheizungen in Betrieb haben und sie gezwungen werden, sie abzuschalten. Das Projekt kostet über 2 Milliarden Franken, was die angespannte Finanzlage der Stadt weiter strapaziert. Es im Turbomodus zu planen und zu bauen, ist nicht möglich und wird noch mehr Ressourcen verschwenden. Ihr habt der Stimmbevölkerung Sand in die Augen gestreut. Nun streut ihr euch gegenseitig Sand in die Augen. Ihr werdet euer blaues Wunder erleben.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): Das ist der mit Abstand grösste Kredit, den wir je besprochen haben – und nur ein Drittel des Gemeinderats ist im Saal anwesend. Die Millionen, die wir vorhin bei den Pauschalabzügen für die Grundstückgewinnsteuer und Stellen eingespart haben, wirken gegenüber 2,26 Milliarden Franken läppisch. Von Florian Utz (SP) habe ich gelernt, dass es zwei Arten von Investitionen gibt: Die guten Investitionen, die sich refinanzieren lassen, und die Schulen. Hier handelt es sich um Investitionen, die sich refinanzieren lassen, Johann Widmer (SVP). Trotzdem sind 2,26 Milliarden Franken so viel Geld, dass es einem schwerfällt, diesen Betrag einfach durchzuwinken. Inhaltlich gibt es leider nicht viel zu debattieren. Es geht um die Bereitstellung eines Rahmenkredits, um das Fernwärmegebiet auf 60 Prozent des Stadtgebiets auszudehnen. Die Details, die uns interessieren, kommen in einer Rahmenkreditweisung noch nicht vor. Wo stehen die Energiezentralen? Entstehen grosse Energiezentralen, für die Gebäude umgewidmet werden müssen? Wie steht es um die Speicher, die ebenfalls viel Platz brauchen? Die Standortfragen und Kostenaufteilungen sind noch nicht Teil der Weisung. Wenn man dem Kredit zustimmt und den Tanker ins Rollen bringt, fährt dieser die nächsten 20 Jahre, und man beisst sich daran die Zähne aus. Das zeigt sich etwa an den Folgekosten. Ich habe gelernt, dass die Folgekosten bei jedem Kredit auszuweisen sind. Im Abschnitt zu den Folgekosten steht bei diesem grössten Kredit, den es je gegeben hat, nur: «Die Folgekosten stehen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Sie werden in den Beschlüssen über die Aufnahme des Rahmenkredits in die konkreten Projekte ausgewiesen.» Die GLP war schon immer skeptisch. Schon beim ERZ-Rahmenkredit, der in diesen Rahmenkredit integriert wird, haben wir eine Aufteilung beantragt. Dies wurde abgelehnt. Nun stellen wir einen Antrag, den die Mehrheit unterstützt: Über Teile des Kredits, die grösser als 40 Millionen Franken sind, soll der Gemeinderat entscheiden. Die Parteien, die die Kompetenzverschiebung an den Gemeinderat ablehnen, haben gesagt, man solle nicht an den einzelnen Zahnrädern schrauben und die Stadt mikromanagen. Deshalb setzen wir die Schwelle bei 40 Millionen Franken an. Es werden nicht viele kleine Projekte sein, über die wir dann abstimmen, sondern einige wenige Grosskredite. Der Ausbau der thermischen Netze ist der grösste Hebel zur Reduktion von CO₂ und direkter Emissionen auf dem Stadtgebiet. Darum ist dieser Ausbau das Richtige. Mit der Kompetenzverschiebung zum Gemeinderat ab einem Betrag von 40 Millionen Franken ist der Rahmenkredit breiter abgestützt. So stimmen wir gerne zu.



Patrick Tscherrig (SP): Die SP unterstützt diese Weisung ausdrücklich. Der Rahmenkredit über 2,26 Milliarden Franken ist nicht nur ein finanzieller Entscheid, sondern ein zentraler Baustein unserer städtischen Klimapolitik. Damit ist es ein Entscheid über die ökologische und soziale Zukunft von Zürich. Heute stammen rund 80 Prozent der Wärmeversorgung unserer Stadt aus fossilen Energien. Gleichzeitig verursacht dieser Bereich fast die Hälfte der städtischen CO₂-Emissionen. Wer Netto-Null 2040 ernst nimmt, kommt nicht um den massiven und schnellen Ausbau der thermischen Netze herum. Dafür braucht es den Rahmenkredit. Der Zusammenschluss der städtischen Wärmeversorgung beim ewz bringt Effizienz, Planungssicherheit und Tempo. Das ist entscheidend, wenn wir bis zum Jahr 2040 mindestens 60 Prozent des Siedlungsgebiets mit fossilfreier Wärme erschliessen wollen. Die SP hat sich immer für eine starke, koordinierte und öffentliche Energieversorgung eingesetzt. Dank der Neuorganisation der Wärmeversorgung sind wir gut aufgestellt. Jetzt braucht es den nötigen finanziellen Spielraum. Der Kredit ist sehr hoch. Es stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat in den kommenden 15 Jahren über genügend Mitsprache und Kontrollmöglichkeit verfügt, um eingreifen zu können, falls der Ausbau in die falsche Richtung geht. Damit komme ich zur Begründung des Änderungsantrags. Dieser verlangt, dass Projekte mit Kosten von mehr als 40 Millionen Franken vom Gemeinderat bewilligt werden müssen. Die Schwelle ist natürlich nicht wissenschaftlich begründet. Sie erscheint uns aber eine gute Grösse, um die Handlungsfähigkeit des ewz zu gewährleisten, aber auch eine gewisse Kontrolle auszuüben. Sollte sich herausstellen, dass die Schwelle nicht schlau angesetzt ist, kommt Passus 2c zur Anwendung: «Der Gemeinderat kann die Befugnisse anpassen.» Bei einem Projekt dieses Ausmasses soll man die Möglichkeit haben, mit der Zeit schlauer zu werden. Das soll Politiker*innen nicht verboten sein. Der Antrag hat aber auch politische Gründe. Wir möchten, dass so grosse Projekte politisch breit abgestützt sind. Der Antrag nimmt die Sorgen von all jenen ernst, die Rahmenkredite grundsätzlich kritisch sehen, insbesondere Rahmenkredite in dieser Höhe. Klar ist, dass der Ausbau weiterhin rasch vorangehen muss. Dafür braucht es entsprechende Mittel. Das Geld ist gut investiert. Es handelt sich bei den thermischen Netzen um Investitionen in Infrastruktur, die über Jahrzehnte genutzt wird und uns von fossilen Energieimporten, internationalen Krisen und volatilen Brennstoffpreisen unabhängig macht. Wir bekommen ein integriertes, stadtweites Netz, das erneuerbare Energiequellen optimal nutzt. Für die SP ist klar: Der Kredit ist nötig, sinnvoll und verantwortungsvoll. Wir ermöglichen damit eine koordinierte, sozialverträgliche und fossilfreie Wärmeversorgung für die ganze Stadt.

Christian Häberli (AL): Ich möchte zuerst meinem Unverständnis Ausdruck geben. Wir sprechen über einen Betrag von 2,26 Milliarden Franken und nur die Hälfte der Ratsmitglieder ist anwesend. Als einfaches Gemüt vom Thurgauer Land muss ich sagen: Ihr bestätigt, warum wir in den 80er-Jahren den Namen dieser Stadt «Zureich» geschrieben haben. Die AL-Fraktion hat sich mit der Weisung schwergetan. Es ist für uns unbestritten, dass der Ausstoss von Treibhausgasen rasch und radikal zu reduzieren ist. Gebäudeheizungen verursachen fast die Hälfte der Emissionen in der Stadt Zürich. Der Ausstieg aus der fossilen Wärmeengewinnung ist also äusserst wichtig. Aber die Fernwärme



ist vielleicht nicht das beste Mittel. Sie hat das Interesse, pro Objekt möglichst viel Energie zu liefern. Ökologisch wäre es sinnvoll, möglichst wenig Energie zu verbrauchen und die Gebäude möglichst gut zu isolieren. Nullenergiehäuser, die wir als Gebäudestandard anstreben, vertragen sich nicht mit Fernwärme. Bisher basiert Fernwärme zudem auf Abfallverwertung, was einen weiteren Fehlanreiz darstellt. Wir rüsten sogar die Kehrichtverwertungsanlage Hagenholz mit einer dritten Ofenlinie aus. Zugleich bemühen wir uns, die Abfallmenge in Zürich bspw. mit mobilen Recyclinghöfen zu reduzieren. Man kann argumentieren, dass es am sinnvollsten ist, den Abfall dort zu verbrennen, wo die Verbraucherdichte am grössten ist. Das sind die städtischen Gebiete. Die vorliegende Weisung nimmt diese Widersprüche auf. Sie zeigt detailliert auf, in welchen Gebieten welche Kombinationen von zentralen und dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen vorgesehen sind. Natürlich erhöht diese Kombination die Komplexität des Baus und späteren Betriebs. Die Planung, die man anstrebt, ist aber sinnvoll. Selbstverständlich kostet eine umfassende Infrastruktur, die 60 Prozent des städtischen Siedlungsgebiets abdecken soll, viel Geld. Ein teures Vorhaben von dieser Komplexität ist nicht leicht in der Handhabung. Zum Glück haben wir zusammen mit der SP und den Grünen einen Weg gefunden, wie wir den Kredit von 2,26 Milliarden Franken aufteilen können. Kredite von mehr als 40 Millionen Franken sollen vom Gemeinderat genehmigt werden. Bei kleineren Beträgen hat der Stadtrat die Entscheidungskompetenz. Mit dieser Aufteilung und der vorgesehenen jährlichen Berichterstattung haben wir eine Notfallreissleine. Wir wollen das Projekt nicht behindern, aber es ist wichtig, dass wir beim Eintreten bestimmter Risiken eingreifen können. Die Koordination der Strassenbauprojekte, die die Gesamtkomplexität weiter erhöht, wird nicht wegen dem Fernwärmeausbau schwieriger, sondern wegen der Mobilitätsinitiative der FDP. Der Weisung stimmt die AL-Fraktion zu.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Christian Häberli (AL), als einfaches Gemüt aus der Inner-schweiz verstehe ich gewisse Sachen auch nicht – insbesondere, dass Parteien, die normalerweise für den Ausbau der nicht fossilen Energien argumentieren und dafür möglichst viel Geld ausgeben wollen, bei dieser Weisung Stolperfallen einbauen. Im Gegensatz zur GLP hat die Die Mitte Rahmenkredite immer unterstützt. Wir sehen das als sinnvolles Instrument, um die Handlungsfähigkeit des Stadtrats aufrechtzuerhalten. Wir verstehen die Bedenken der Antragsteller, sehen aber nicht ein, weshalb der Schwellenwert von 40 Millionen Franken so tief angesetzt ist. Es müsste mindestens ein dreistelliger Millionenbetrag sein. Auch dafür findet man in unserer Fraktion aber wenig Unterstützung. Der Stadtrat soll nicht alle paar Wochen anklopfen müssen, wenn er einen weiteren Schritt gehen möchte. Das ist aus unserer Sicht weder zweckdienlich noch sinnvoll. Zudem kann es zu Verzögerungen führen. Wir unterstützen aber das Gesamtkonstrukt, weil wir finden, dass die Investition zwar teuer, aber doch sinnvoll und notwendig ist. Dass die Hälfte der Ratsmitglieder nicht anwesend ist, ist ein Armutszeugnis.*

Dominik Waser (Grüne): *Es handelt sich tatsächlich um einen historischen Betrag. Wir stehen auch vor historischen Herausforderungen. Der Betrag entspricht diesen Herausforderungen. Die Grünen sind klar der Meinung, dass man die Stadt klimagerecht um-*



bauen soll. Die Wärmeversorgung ist eines der Schlüsselemente dieser Transformation. Wir freuen uns, Massnahmen beschliessen zu können, die uns dabei helfen, unsere Klimaziele zu erreichen, für die wir hart gekämpft haben. Die thermischen Netze werden nicht zu 100 Prozent fossilfrei oder mit netto null Emissionen geplant und gebaut, weil wir eine gewisse Spitzenlast haben. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn es sehr kalt ist und kurzzeitig viel Wärme benötigt wird. Das Netz wird nicht so gebaut, dass es in diesen Momenten, die nicht oft vorkommen, auf die Maximalleistung kommt. Stattdessen wird Gas eingesetzt. Uns ist wichtig, dass wir in Zukunft auch die Spitzenlast fossilfrei decken können. Es gibt verschiedene technologische Optionen. Welche wir benutzen werden, ist noch nicht klar. Der Fernwärmeausbau wurde vorhin als schlechtes Projekt dargestellt, da nur 60 Prozent des Stadtgebiets abgedeckt werden. Das ist aus meiner Sicht absurd. Es wäre natürlich schön, wenn wir die ganze Stadt abdecken könnten. An manchen Orten ist es jedoch nicht sinnvoll, an anderen Orten aktuell in der Planung nicht möglich. Das bedeutet nicht, dass wir bis zum Jahr 2045 die Planung nicht erweitern und das Abdeckungsgebiet vergrössern können. Eine Abdeckung von 60 Prozent heisst auch nicht, dass man in den übrigen 40 Prozent des Stadtgebiets keine anderen klimaverträglichen erneuerbaren Energien einsetzen kann. Es gibt viele dezentrale Lösungen, die in einzelnen Quartieren oder Liegenschaften umgesetzt werden können. Da ist man zum Glück dran. Es wird von der Minderheit so dargestellt, als würde die Kommissionsmehrheit mit diesem Antrag das Projekt sabotieren wollen. Es ergibt wenig Sinn zu behaupten, dass die Parteien, die sich für erneuerbare Energien, Fernwärme und die Klimaziele einsetzen, Projekte verhindern wollten, die ebendies umsetzen. Diese Unterstellung weise ich explizit zurück. Die Gegenseite tut so, als würden wir bei Annahme des Antrags alle zwei Wochen unnötigerweise über Teilprojekte diskutieren müssen. Nach vielen Diskussionen in der Kommission sind wir zum Schluss gekommen, dass es berechtigt ist, bei gewissen Geschäften ein Mitspracherecht und Element der Kontrolle zu fordern. Weder wir noch die Verwaltung wissen genau, wann welche Projekte bei uns landen werden. Das ist in Ordnung so. Wir haben den Antrag unter anderem gestellt, weil wir uns in fünf oder zehn Jahren nicht über diejenigen ärgern wollen, die im Jahr 2025 im Gemeinderat sassen und uns dieses Projekt beschert haben.

Johann Widmer (SVP): Diverse Befürworter haben in ihren Voten auf Mängel hingewiesen. Offenbar erkennen Sie eine gewisse Problematik in diesem Monstervorhaben. Trotzdem stürzen Sie die Stadt nur wegen der Klimawahlen ins Verderben. Ich bin gespannt, wie die zukünftigen Generationen, die das bezahlen müssen, darauf reagieren. Zum Glück wird die Diskussion aufgenommen. Schönreden kann man alles, aber an der Realität ändert das nichts. Es würde mir leidtun, künftigen Generationen einen Scherbenhaufen zu hinterlassen, nur weil der Rat kopflos 2,26 Milliarden Franken ausgibt.

Dominik Waser (Grüne): Es ist nicht kopflos, sich diese Frage zu stellen. Es ist verantwortungsbewusst. Seit Tagen schimpft ihr über uns und unsere vermeintliche Verantwortungslosigkeit mit Geld. Jetzt, wo ihr euch unseren Forderungen nach mehr Kontrolle und Mitbestimmungsrecht bei einem so grossen Betrag anschliessen könntet, findet ihr das plötzlich sinnlos. Das ist ein bisschen seltsam. Wir sind ehrlich und geben zu, dass



wir nicht alles wissen, uns aber damit befassen. Das kommunizieren wir der Stadtbevölkerung, wenn wir vors Volk gehen. Wir setzen uns ein und werden auch dranbleiben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Der Rahmenkredit ist die Grundlage für die Fortführung eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der kommenden Jahrzehnte. Wir wollen die Erschliessung durch Fernwärme bis ins Jahr 2040 von rund 30 Prozent des Siedlungsgebiets auf rund 60 Prozent verdoppeln. Das ist ein starker Hebel für die Dekarbonisierung. Es stärkt unsere Versorgungssicherheit durch die Nutzung lokaler Energien, trägt aber auch dem Energiegesetz des Kantons Rechnung, das einen Abbau fossiler Heizungen vorschreibt. Die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer haben ein grosses Interesse an einer Lösung für die Zukunft. Was passiert mit den übrigen 40 Prozent? Es gibt neben dem Rahmenkredit eine Energieplanung, die für das ganze Stadtgebiet aufzeigt, welche Heizungssysteme möglich sind. 40 Prozent des Siedlungsgebiets können mit dezentralen Lösungen versorgt werden. In diesen Gebieten haben die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bessere Lösungen als den Anschluss ans Fernwärmenetz. Wir müssen auch schauen, wie viel Fernwärme wir zur Verfügung haben werden. Es gibt vielleicht Gebiete, wo in der nächsten Zeit weder eine dezentrale Lösung noch der Anschluss ans Fernwärmenetz möglich ist, etwa im Nieder- und Oberdorf. Dort werden wir eine andere Lösung suchen müssen, vielleicht mit erneuerbarem Gas. Wir haben also für alle eine Option, die wegen dem kantonalen Energiegesetz ihre Heizung ersetzen müssen oder einen Beitrag für die Klimaziele der Stadt leisten möchten. Dieses Generationenprojekt benötigt grosse Investitionen. Die 2,26 Milliarden Franken teilen sich zwar auf 15 bis 20 Jahre auf, doch es bleibt ein grosser Betrag. Die Bevölkerung steht hinter dem Fernwärmeausbau. Ein Teil des Geldes stammt aus zwei früheren Rahmenkrediten, die das Stimmvolk mit grosser Mehrheit bewilligt hat. Damit wir schnell und effizient vorankommen, muss die Organisation stimmen. Die Voraussetzungen haben wir geschaffen, indem wir Bau und Betrieb beim ewz zusammengeführt haben und so Synergieeffekte für die Planung, Realisierung und Vereinfachung für die Kundschaft nutzen können. Dafür muss der Rahmenkredit den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Es müssen zusätzliche Gebiete und die von Energie 360° AG übernommenen Netze erschlossen werden. Weitere Mittel werden für die vollständige Dekarbonisierung der thermischen Netze benötigt. Zudem müssen die Netze unter einem grossen Netz zusammengeschlossen werden, damit der Verbund die Spitzenlastabdeckung abfedern kann. Damit ändert sich die Systematik des Netzes: Wir sprechen nicht mehr von einzelnen Stadtgebieten, sondern von einem grossen Netz, das in mehreren Etappen gebaut wird. Deswegen ergeben einzelne Kredite wenig Sinn, weil eine starre Zuteilung die effiziente Planung und Umsetzung erschwert. Der Kredit stellt die Finanzierung für die Zukunft sicher. Ich möchte betonen, dass diese Investitionen nicht mit Steuergeldern, sondern mit Mitteln des ewz getätigt werden. Langfristig werden diese refinanziert, indem die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler, die sich an dieses Netz anschliessen, für Wärme zahlen. Zum Antrag der Kommissionsmehrheit: Ich habe*



Verständnis, dass das Parlament bei einem Rahmenkredit dieser Höhe bei den einzelnen Etappen ein Mitspracherecht will, gerade weil sich das Projekt über 15 bis 20 Jahre erstreckt. Ihr müsst euch aber gut überlegen, ob ihr eine Etappe wirklich ablehnen wollt. Das verzögert das gesamte Projekt. Man muss sich Gedanken machen, was es zu diesem Projekt wirklich zu sagen gibt. Im Grunde geht es darum, Rohre zu verlegen. Diese Rohre sind eigentlich immer gleich. Die Weisung wird jedes Mal gleich aussehen. Die Schwelle von 40 Millionen Franken bedeutet, dass wir dem Gemeinderat über 50 Anträge und Weisungen vorlegen würden. Ich weiss nicht, ob das der Ratseffizienz dient. Darum bin ich froh, dass Passus 2c eingebaut wurde und diese Grössenordnung angepasst werden kann. Für unsere Ziele in der Stadt Zürich braucht es eine starke Infrastruktur. Wir wollen lokale Energien nutzen und unseren Bewohnerinnen und Bewohnern auch künftig ein warmes Zuhause bieten. Dafür braucht es den Rahmenkredit.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A2:

- a. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat im Einzelfall:
 - a. der Gemeinderat bei mehr als 40 Millionen Franken;
 - b. der Stadtrat bis 40 Millionen Franken.
 - c. Der Gemeinderat kann die Befugnisse anpassen.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit:	Referat: Stéphane Braune (FDP); Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A1–A3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A1–A3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A1–A3.



10 / 11

Mehrheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Stéphane Braune (FDP), Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B4

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B4.

Zustimmung: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Stéphane Braune (FDP), Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für den Ausbau der thermischen Netze wird ein Rahmenkredit von 2,26 Milliarden Franken bewilligt.

Der von den Stimmberechtigten am 27. November 2022 (GR Nr. 2021/502) beschlossene Rahmenkredit von 573 Millionen Franken für den Ausbau der thermischen Netze in den Quartieren Albisrieden, Altstetten, Aussersihl, City, Enge und Höngg wird aufgehoben.

Der von den Stimmberechtigten am 28. November 2021 (GR Nr. 2020/565) beschlossene Rahmenkredit von 330 Millionen Franken für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie in den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum von 2022 bis 2040 wird aufgehoben.

2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet im Einzelfall:
 - a. der Gemeinderat bei mehr als 40 Millionen Franken;



11 / 11

- b. der Stadtrat bis 40 Millionen Franken.
 - c. Der Gemeinderat kann die Befugnisse anpassen.
- 3. Die Aufwendungen, die dem Rahmenkredit gemäss Ziffer A.1 vorstehend belastet werden, können von der Kreditsumme für Einzelvorhaben in Abzug gebracht werden.
- B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:
 - a. Der Stadtrat erstattet der zuständigen Sachkommission des Gemeinderats jährlich Bericht über die Verwendung der Mittel aus dem Rahmenkredit.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2025 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat